

Antrag

der Abgeordneten Frau Vennegerts und der Fraktion DIE GRÜNEN

MBB die Erlaubnis zur Kriegswaffenproduktion entziehen

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), dem vertretungsberechtigten Organ oder einem Mitglied dieses Organs, erteilten Genehmigungen für die Produktion und den Export von Kriegswaffen (§ 7 KWKG) zu widerrufen bzw. zu versagen (§ 6 KWKG), da die nach dem § 6 Abs. 3 KWKG „erforderliche Zuverlässigkeit“ offensichtlich fehlt.

Bonn, den 31. Mai 1989

Frau Vennegerts

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Firma MBB ist durch Lieferungen und Know-how-Weitergabe führend an der Proliferation von Mittelstreckenraketen und anderen Raketenwaffen beteiligt. Bereits die bisher bekanntgewordenen Exporte lassen es als zwingend notwendig erscheinen, die Kriegswaffenherstellung und deren Export durch MBB zu unterbinden. Raketenlieferungen und die führende Beteiligung am Bau von Mittelstreckenraketen für den Irak, Ägypten und Argentinien stellen eine ernste Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens der Völker dar. Sollten jüngste Presseberichte zutreffen, wurden Anlagen zur Produktion von Mittelstreckenraketen unter Beteiligung von MBB auch nach Rumänien geliefert.

Angesichts der Tatsache, daß die Firma MBB bereits in früheren Jahren Militärhubschrauber über Umwege in den Irak und mindestens 18 Polizeihubschrauber nach Südafrika geliefert hat, bestehen ausreichend Gründe für ein solches Mißtrauen gegenüber den Verantwortlichen der Firma MBB.

